

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

9.12.1925 (No. 286)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14.  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach:  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. Kneub.  
Karlsruhe.

Verlagspreis: Monatlich 3.—, Vierteljährlich 8.—, Halbjährlich 15.—, Einjahrespreis 30.—, Anzeigengebühr 14 Goldmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Bei Fernbestellungen ist die Postgebühr zu berücksichtigen. Bei Anzeigen wird die Rechnung nach Empfang der Bestätigung der Redaktion erstellt. Bei Anzeigen, die nicht innerhalb der ersten Woche nach dem Erscheinen der Zeitung abgeholt werden, ist die Anzeigengebühr zu erhöhen. Bei Anzeigen, die nicht innerhalb der ersten Woche nach dem Erscheinen der Zeitung abgeholt werden, ist die Anzeigengebühr zu erhöhen. Bei Anzeigen, die nicht innerhalb der ersten Woche nach dem Erscheinen der Zeitung abgeholt werden, ist die Anzeigengebühr zu erhöhen.

### Zur Berliner Regierungskrise

Die Regierungskrise in Berlin hat durch den offiziellen Rücktritt des Kabinetts Luther ihr entscheidendes Stadium erreicht. Die Parteiführer haben sich mit dem Reichspräsidenten, Herrn von Hindenburg, besprochen. Bei dieser Gelegenheit hat sich Hindenburg für die Große Koalition erklärt.

Wenn jetzt das führende Organ der Deutschen Volkspartei, die „Tägliche Rundschau“, diese Erklärung Hindenburgs so deutet, als ob der Reichspräsident neben der Großen Koalition auch noch andere Koalitionsmöglichkeiten für gegeben erachte, so scheint uns diese Deutung weder glücklich zu sein, noch den Tatsachen zu entsprechen. Das, was offiziell über die Äußerungen des Reichspräsidenten bekannt geworden ist, kann nur so verstanden werden, daß er die Große Koalition auch im Reich für eine Notwendigkeit hält, unter Ausschaltung aller anderen Lösungen. Rame die Große Koalition nicht zustande, so ergäbe sich allerdings eine Zwangslage, die, so unerwünscht sie wäre, natürlich andere Lösungen zeitigen müßte. Aber diese Lösungen sind offenbar nach der klaren Meinung Hindenburgs gewiß keine guten.

Glücklich ist die Bemerkung der „Täglichen Rundschau“ deswegen nicht, weil sie gerade bei der Partei, auf deren Haltung eigentlich alles ankommt, neues Mißtrauen hervorrufen kann. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, nachdem der Parteiausschuß gestern die Angelegenheit erörtert hat, ohne eine bestimmte Resolution zu fassen, heute zu der Frage der Großen Koalition Stellung nehmen. Zweifellos will der Parteiausschuß die Entscheidung der Fraktion überlassen. Daraus ist zu schließen, daß eine scharfe Ablehnung der Großen Koalition a limine nicht beabsichtigt ist. Die Möglichkeit zu Verhandlungen besteht also. Die Frage ist nur die, ob es bei diesen Verhandlungen gelingen wird, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei auf einer Basis zu vereinigen. Man darf nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten sachlicher und gefühlsmäßiger Art gerade hier außerordentlich groß sind.

Die Deutsche Volkspartei hat sich nun einmal im letzten Jahr wirtschaftspolitisch in einer Weise festgelegt, die nicht nur den Beifall der Deutschen nationalen gefunden hat, sondern auch dem Gros der eigenen Parteimitglieder durchaus zusagte. Es wird nicht leicht sein, die Mitglieder für eine andere Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Die Deutsche Volkspartei fühlt sich als eine der Hauptvertreterinnen der führenden Kreise der Wirtschaft. Sie sieht, daß die Lage der Wirtschaft mit jedem Tag, ja mit jeder Stunde schlimmer wird und geradezu einer Katastrophe zubräut. Ihre Wirtschaftspolitiker machen dafür u. a. die hohen sozialen Lasten, die hohen Steuern und die zu geringe Arbeitsleistung der Arbeiter verantwortlich und bewegen sich gerne in Gedankengängen, wie sie der Mannheimer Handelskammerpräsident Lenel ausgeprochen hat.

Auffallend ist allerdings die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei, obwohl sie nun ein Jahr lang zusammen mit den Deutschen nationalen eine rechtsorientierte Wirtschaftspolitik in der Reichsregierung getrieben hat, doch an Boden bei ihren Wählern verloren hat. Es ist kein Geheimnis, daß auch deutschvolksparteiliche Führer offen zugeben, die Partei würde, wenn heute Wahlen im Reich stattfänden, sehr schwere Verluste erleiden.

Den wirtschaftspolitischen Auffassungen der Deutschen Volkspartei stehen die der Sozialdemokratie diametral gegenüber. Die sozialdemokratischen Führer sehen das mit Händen zu greifende Elend eines großen Teils der unteren Schichten, sie wünschen höhere Löhne und eine Verbesserung der sozialen Gesetzgebung in mancherlei Punkten und empfinden Worte, wie die des Handelskammerpräsidenten Lenel, der Arbeiter müsse sich gesund hungern, als eine fürchterliche Verhöhnung ihrer faktischen Lage.

Gefühlsmäßig betrachtet sieht die Situation aber nicht viel besser aus. Die Abneigung gegenüber dem sozialdemokratischen Arbeiter ist in den Kreisen der Deutschen Volkspartei zweifellos eher gewachsen, und die sozialdemokratische Arbeitererschaft wiederum ist von einem tiefen Mißtrauen der Deutschen Volkspartei gegenüber befallen, daß sie sich ein Zusammenarbeiten gerade mit dieser Partei zunächst nicht vorstellen kann. Man ist auf sozialdemokratischer Seite der Meinung, die Deutsche Volkspartei werde an der Großen Koalition doch nicht ehr-

lich mitarbeiten, sondern die erste beste Gelegenheit benutzen, um sie zu sprengen und sich wieder den Deutschen nationalen in die Arme zu werfen. Vielleicht ließe sich über diese gefühlsmäßigen Bedenken hinwegkommen, aber, ob es gelingen wird, auch die sachlichen Gegenätze zu überbrücken, das ist doch im Augenblick noch recht zweifelhaft.

Zentrum und Demokratie bemühen sich nach besten Kräften, eine Einigungsbasis für beide Parteien zu finden. Es soll ein Arbeitsprogramm für die Große Koalition ausgearbeitet werden, und man hofft dabei Formulierungen zu finden, die so beschaffen sind, daß Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei ihnen zustimmen können. Bei allen diesen Erörterungen ist anscheinend die Tatsache, daß ja bei der Annahme der Verträge von Locarno, d. h. also in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik, die Große Koalition parlamentarisch bereits in Erscheinung getreten ist, ganz in Vergessenheit geraten. Und die Einsicht, daß die Parteien, die für Locarno gewesen sind, nun auch die Durchführung von Locarno sichern müssen, wird jedenfalls in den Artikeln der Presse nur noch recht wenig betont. Die wirtschaftlichen Gegenätze vielmehr sind es, welche die Situation beherrschen. Und diese Gegenätze nehmen naturgemäß in einer Zeit, die durch eine schwere Wirtschaftskrise gekennzeichnet ist, besonders scharfe Formen an.

### Politische Neuigkeiten

#### Wiederzusammentritt des Reichstags

Am heutigen Mittwoch nehmen der Reichstag und der preussische Landtag nach kurzer Pause ihre Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die um 2 Uhr beginnt, steht die Fortsetzung der dritten Sitzung des Reichshauswirtschaftsausschusses und zwar beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Der Reichstag tritt ebenfalls heute zu einer Vollsitzung zusammen. — Im Reichstag ist ein Antrag Müller-Frankens eingegangen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Fernorganisation und die mit ihr im Zusammenhang stehenden Fernemorse und sonstigen staatlichen Handlungen zu untersuchen hat.

Zwischen den Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen, haben bisher Besprechungen noch nicht stattgefunden. Nach einer Vereinbarung zwischen den Vertretern des Zentrums und der Demokraten sollen sie erst begonnen werden, wenn die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vorliegen.

#### Der erste Abschluß der Reichspost

Nach den Vorschriften des Reichspostfinanzgesetzes legt die Deutsche Reichspost nunmehr ihren ersten Abschluß d. h. sowohl ihre Gründungsbilanz per 1. April 1924 als auch ihre Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1925 vor. Nach der alten Betriebsbuchführung stellen sich die Gesamteinnahmen für das Wirtschaftsjahr 1924 auf 1654 Mill. RM., die Gesamtausgaben auf 1585,2 Mill. RM., so daß ein Überschuß von 68,8 Mill. RM. verbleibt, der mit 2 Mill. RM. hinausgeht. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung betragen die Betriebseinnahmen 1664 Mill. RM., denen an Ausgaben gegenüberstehen: Betriebsausgaben mit 1128 Mill. RM., Abschreibungen mit 108 Mill. RM., gesetzliche Rücklage mit 83 Mill. RM., Betriebsmittelfonds mit 40 Mill. RM., Vergütung an Bayern und Württemberg mit 60 Mill. RM., Vermögenszugang mit 187 Mill. RM. und übertragene Mittel mit 67 Mill. RM.

Der Vermögenszugang berechnet sich als Zugang an Sachgütern, Borräten, Vorräten, Forderungen, sowie Schuldentilgung nach Abzug des Rückgangs des Bestandes an Pfandbriefen, der Außenstände, der Zunahme der Verbindlichkeiten usw. Die Vergütung an Bayern und Württemberg ist mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen als Postposten eingestellt worden. Der Anschluß bedeutet keine Stellungnahme bezüglich der Bemessung der Vergütung.

Der Vermögenszugang im Rechnungsjahr 1924 beträgt fast 12 Prozent des in der Gründungsbilanz ausgewiesenen Anlagekapitals. Eine Vergleichung der beiden Bilanzen zeigt die außerordentlich starke Rücklagepolitik der Reichspost.

#### Gegenentwurf über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses

Der jetzt veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses stellt einen Teil des umfangreicheren Entwurfs eines Gesetzes über die Förderung des Handels dar. Die Grundtendenz des Entwurfs geht dahin, die bisherigen nach Auffassung der Wirtschaftskreise nicht bewährten Vorschriften über die Geschäftsaufsicht dadurch zu ersetzen, daß dem Schuldner noch ein letztes Mittel geboten wird, einen drohenden Konkurs zu vermeiden. Zu diesem Zweck soll der Schuldner vor der Konkursöffnung noch einen Vergleichsvorschlag machen können, der von einer Mehrheit der Gläubiger gutgeheißen wird, während bisher nach der Konkursordnung zur Annahme eines Vergleichsvorschlags die Einstimmigkeit der Gläubiger erforderlich war.

### Die Rückwirkung der Aufwertungsgesetze auf die Gemeinden

Aber dieses wichtige Thema hat der Görlitzer Bürgermeister Dr. Wiesner auf dem Schlesischen Städtetage in Grünberg kürzlich ein recht interessantes und inhaltsreiches Referat erstattet. Der Redner kam zu dem Ergebnis, daß trotz der Aufwertungsgesetze des Reiches die überaus schwierige Angelegenheit der Regelung der Aufwertung für die Gemeinden noch lange nicht entschieden sei. Durch die Unsicherheit der Lösung des Aufwertungsproblems gerade für die Gemeinden werde es diesen überaus schwer gemacht, einen Haushaltsplan aufzustellen, bevor man wisse, welche Lasten die Gemeinden durch die Aufwertung zu tragen haben werden. Das Ergebnis der eingehenden Untersuchung Dr. Wiesners war, daß die einzelne Kopfquote des Zuschusses, den jede Gemeinde für Aufwertungszwecke aufbringen müsse, sehr verschieden ist. Kleine Städte werden im allgemeinen durch die Aufwertung sehr wenig, größere und mittlere stärker belastet. Am schwersten werden diejenigen Gemeinden betroffen, die der Pflicht, Kriegsanleihen zu zeichnen, voll nachgekommen sind. Auch solche Gemeinden, die Inhaberpapiere verkauft haben, als die Geldentwertung schon weit vorgeschritten war, sind über den Durchschnitt hinaus geschädigt. Die Sparkastenguthaben werden nach Dr. Wiesners Ansicht nur zu 8 bis 9 Prozent aufgewertet werden können. Für eine höhere Aufwertung müsse eine längere Auszahlungsfrist vorgesehen werden. Inzwischen ist für Preußen bekanntlich die 12½prozentige Aufwertung der Sparkastenguthaben vorgeschrieben worden. In dieser Hinsicht wird es wohl zu einer endgültigen Regelung kommen, da aller Wahrscheinlichkeit nach die anderen Länder dem preussischen Beispiel folgen werden. Man kann Dr. Wiesner durchaus zustimmen, wenn er eine klare Festlegung der Verpflichtungen der Gemeinden in der Aufwertungsfrage fordert und darauf hinweist, daß nur hierdurch die frühere gute Finanzordnung der Städte wieder Platz greifen könne.

### Das Urteil im Münchener Dolchstoß-Prozess

Im Dolchstoß-Prozess wurde — wie aus München gemeldet wird —, heute, Mittwoch, vormittag 10 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte Redakteur Gruber wurde wegen fortgesetzten Vergehens der Beleidigung und der üblen Nachrede zu 3000 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

### Sowjetrußland und die Abrüstungsfrage

Die Londoner „Morningpost“ schreibt zur Abrüstungsfrage: Der Völkerverbund muß die Tatsache erkennen, daß er nicht alle Nationen umfaßt, daß daher seine Beschlüsse mit bezug auf die ausgeschlossenen Länder vollkommen unwirksam sind. Das Ziel der Sowjetregierung ist der Sturz und die Zerschlagung der westlichen Zivilisation. Die Luftstreitkräfte der Sowjetregierung sind die größten der Welt und werden dauernd vermehrt. Die kommunistische Tyrannei ist die stärkste Gefahr, die je Europa bedroht hat. Wie kann also erwartet werden, daß Europa angesichts eines so fürchterlichen Feindes abrüstet? Ein weiterer Punkt, den die Delegierten des Völkerverbundes erwägen müssen, ist der, daß die Beachtung des Vertrages von Locarno durch eine Garantie gesichert ist, die aus einer Zugabe besteht, nötigenfalls die bewaffnete Macht zu verwenden. Wie kann die Abrüstungsfrage mit der Aufrechterhaltung einer Garantie in Einklang gebracht werden, deren Gültigkeit allein von der Gewalt abhängt?

Die Verhandlungen mit der Regierungskommission des Saargebietes. Die Ende Oktober verhandelten Verhandlungen Deutschlands mit der Regierungskommission des Saargebietes werden am Donnerstag, den 10. Dezember in Baden wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen haben die gesamten Rechtsverhältnisse der Regierungskommission zur Verfügung stehenden deutschen Beamten zum Gegenstande.

Im memelländischen Landtag, dem trotz des Ausfalls der Wahlen vom litauischen Gouverneur weiter eine national-litauische Regierung gegenübergestellt wurde, erklärte Landtagspräsident Kraus: Nach parlamentarischen Gesetzen ist es ausgeschlossen, daß der Landtag Jusupaitis als Präsidenten des Direktoriums anerkennen wird, da er ihm bereits das Mißtrauen ausgesprochen habe. Das geschäftsführende Direktorium ist kein Ersatz für eine ordnungsmäßige Landesregierung. Wir werden mit allen Mitteln zu verhindern suchen, daß aus dem geschäftsführenden Direktorium eine Dauerinstitution wird. Die Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall der Abgeordneten aufgenommen.

### Kurze Nachrichten

Besprechungen über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge. Dienstag abend fand in Berlin eine Besprechung des Reichslanzlers mit den Führern der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten über die Versorgung der Erwerbslosen statt. Das Ausmaß der Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge konnte laut „Berliner Lokalanzeiger“ noch nicht bestimmt werden, weil sich noch nicht übersehen läßt, bis zu welcher Höhe die Anzahl der Erwerbslosen ansteigen wird.

Das deutsch-schweizerische Zollabkommen. Das am 6. Nov. in Bern unterzeichnete vorläufige Zollabkommen zwischen der Schweiz und dem deutschen Reich ist von beiden Staaten ratifiziert worden. Am 15. Dezember werden in Bern die Ratifikationsurkunden ausgetauscht. Das Abkommen tritt am 16. Dezember in Kraft.

Cleve besatzungsfrei. Das Kommando der Telephonzentrale der belgischen Besatzung hat gestern früh Cleve verlassen. Damit ist der letzte Rest der Besatzung abgezogen.

Russisch-englische Gewerkschaftsverhandlungen in Berlin. In Berlin begannen Verhandlungen englischer und russischer Gewerkschaftsdelegierter über die Frage der Zusammenarbeit der russischen Gewerkschaften mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Waldige Umbildung des Zivilkabinetts in Spanien. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Madrid ist eine baldige Umbildung des neuen Zivilkabinetts vorgesehen. Es sei klar, daß die neue Regierung das Parlament nicht zusammenberufen werde, da ja ihr Bestehen von der Aussetzung der verfassungsmäßigen Rechte abhängt. Es handele sich um ein Übergangskabinetts, das als Ausgangspunkt für die Wiedereinführung einer verfassungsmäßigen Regierung diene. Viel komme auf die Haltung des Heeres gegenüber dem neuen Regime an.

## Badischer Teil

### Zur Berufung Hellpachs

In einer kurzen Notiz der in Freiburg erscheinenden „Freisgauer Zeitung“, welche die Überschrift trägt: „Herr Remmele und die Hochschulen“ wird u. a. gesagt:

„Nicht mehr die Fakultät wählt die Vertreter für vakante Professuren nach wissenschaftlicher Befähigung aus, sondern Herr Remmele als Beauftragter der schwarz-roten Koalition „gibt den Auftrag“ zur Berufung vakanter Lehrstühle.“

Diese Darstellung ist unrichtig. In dem Falle des früheren Staatspräsidenten, Professor Dr. Hellpach, handelt es sich nicht um eine vakante Professur an der Universität Heidelberg, sondern um die Stelle eines Honorar-Professors der Philosophischen Fakultät. Die von der „Freisgauer Zeitung“ gezogenen Schlussfolgerungen sind also falsch.

### Prüfungen für den mittleren Dienst der inneren Staatsverwaltung

Im Laufe des Frühjahrs 1926 wird voraussichtlich für den Geschäftsbereich der inneren Staatsverwaltung eine Obersekretär- und eine Verwaltungsassistentenprüfung abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind spätestens bis 1. Februar 1926 auf dem Dienstweg an das Ministerium des Innern einzureichen.

### Eine Rede Dr. Wirths in Freiburg

Auf Einladung der Zentrumspartei sprach Dienstagabend Reichszentraler a. D. Dr. Wirth in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kunst- und Festhalle seiner Heimatstadt Freiburg i. B. über die politische Lage der Gegenwart.

Dr. Wirth betonte, daß bei seiner Einstellung zu den Fragen der Gegenwart nur die sozialen Probleme maßgebend seien. Diese Einstellung gehe ihm vor jede parteimäßig taktische Erwägung. Eine ungeheure Bewegung gehe jetzt durch die notleidenden Schichten in Stadt und Land. Ihnen müsse geholfen werden. Die Gründung einer weiteren neuen Partei sei zwecklos. Er betrachte vielmehr als seine Aufgabe, Männer und Frauen politisch so zu orientieren daß sie sich für das Verfassungswort von Weimar einsetzen und bereit sind, lebendig dem deutschen Volkstaate zu dienen. Im Verlauf seiner Rede begrüßte Dr. Wirth vor allem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Er legte dar, welchen Sinn er den von diesem Republikaner getragenen Farben belege. Wenn auch im Augenblick die deutsche Republik vor Rußgefahr sicher sei, so beruhe sie nur dem Vorhandensein von Millionen solcher Männer ihre Existenz. Die Sammlung dieser Republikaner bedeute die Bewahrung des deutschen Volkes vor neuem Elend und neuer Zerrissenheit. Der Red-

ner setzte sich auch mit verschiedenen Parteien auseinander. Dem Zentrum habe er nur vorzuwerfen, daß es nicht genug getan habe. Auch von den Dienern der Kirche müsse verlangt werden, daß sie jenen versteinerten Herzen, jenen Arbeitgebern, ins Gewissen reden, die sich nicht scheuten, ohne äußerster Not tausende von Familienvätern an die Luft zu setzen. Zur Außenpolitik erklärte Dr. Wirth, die Kritik an dem Werk von Locarno, dessen Einleitung gerade von Amerika, dem Lande, dessen Vertrauen für uns als Kreditfugende so dringend erforderlich sei, sollte man jetzt einstellen. Wer diese Politik nicht gewollt habe, der hätte sie früher verlassen müssen. Bei der Regierungsbildung müßten alle Nebensächlichkeiten zurücktreten. Rechtzeitig müsse gehandelt werden und eine Partei dürfe nicht warten, bis das soziale Elend den Höhepunkt erreicht habe. Zum Schluß erklärte der Redner, seine Aufgabe sei die eines politischen Kämpfers. Er suche die Seele des deutschen Volkes und den lebendigen taubereiten Geist, der sich des Vaterlandes und Volkes in schwerer Stunde annimmt. Langanhaltender Beifall folgte den Worten Dr. Wirths.

### Landeskirchliche Vereinigung

Unter dem Vorsitz von Kirchenrat Speyerer-Rastatt tagte in Karlsruhe die evangelische Landeskirchliche Vereinigung, auf der Professor D. Frommel-Heidelberg und Geheimrat Kirchenrat D. Klein-Mannheim über das Programm der Vereinigung sprachen. Es handele sich hier um eine Gesinnungsgemeinschaft von Geistlichen und Laien der Landeskirche, die sich nicht nur zu dem Evangelium von Christus unter Anerkennung der Grundzüge der Landeskirche bestimmen, sondern auch von der Überzeugung durchdrungen seien, daß in diesem Geist sich die Anhänger der verschiedenen sogenannten Richtungen zum Wohl und zur Erhaltung des Ganzen finden und verstehen können und müssen. Die Vereinigung wolle sich, so wurde weiter betont, weniger befürmern um das Parteiwesen in der Kirche, es aber befähigen und zu überwinden versuchen. In einer Entschließung wird den beiden Vorsitzenden, Professor D. Frommel und Geheimrat Kirchenrat D. Klein, für ihre opferwillige Führung unter schwierigen Verhältnissen gedankt und gebeten, daß sie auch weiterhin die Arbeit der Landeskirchlichen Vereinigung fördern möchten.

### Georgs Handels-Lexikon

Nationalisierung ist heute in Deutschland die Forderung des Tages. Um sie zu erfüllen, ist es auch notwendig, gute Ratsschlagwerke zu besitzen, die schnelle, zuverlässige, erschöpfende und klare Auskunft über alle im Geschäftsleben vorkommenden Fragen geben. Ein alphabetisch geordnetes kaufmännisches Ratsschlagwerk dieser Art fehlte bisher. Das Erscheinen von Georgs Handels-Lexikon (Ausgabe in einem Band, vornehm in 2 Bänden gebunden 26 Mark, Weltbuchverlag, Hamburg), bedeutet daher eine willkommene Ergänzung, deren Wert nicht hoch genug veranschlagt werden kann, zumal der aus angesehenen Männern der Wissenschaft und Praxis zusammengesetzte Mitarbeiterstab Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit gewährleistet. Die Behandlung des Stoffes — es sind rund 15 000 Artikel und Stichwörter — ist nicht etwa nur dem wirtschaftlichen Standpunkt aus vorgenommen, sondern alle damit verwandten Gebiete sind dabei berücksichtigt worden, so Finanzwissenschaft, Statistik, Betriebswissenschaft, Bilanzkunde, Kellere, Wirtschaftsgeschichte, Technik, das Recht, kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen, Sozialpolitik, Zeitungswesen usw. Das Georgs-Verikon wird daher nicht nur Kaufleuten, Industriellen und Gewerbetreibenden, sondern auch Rechtsanwätern, Revisoren, Sändig, Ingenieuren, Technikern, Lehrern, Schriftleitern und Beamten wertvolle Dienste leisten, da die Fäden des Wirtschaftslebens heute mehr denn je durch alle Berufsgebiete laufen. Die Anschaulichkeit des Wertes wird durch zahlreiche Beispiele, Kupfer, Übersichten, Statistiken, Tabellen usw. erhöht.

Außerlich stellt sich der 800 Seiten starke Band in einem geschmackvollen Halbleinwandband dar, der Druck ist klar und übersichtlich. Der Preis von 26 Mark ist bei der Verlässlichkeit, dem Umfang und der Ausstattung als mäßig zu bezeichnen, was im Interesse weitester Verbreitung zu begrüßen ist.

### Badisches Landestheater

#### „Amelia“ oder „Ein Maskenball“

Zwischen Ernst und Eherz hat Hans von Wilow Giuseppe Verdi einmal den letzten der fünf Könige genannt, die Italien auf dem Gebiet der Oper herbeigebracht hat. Das trifft auch dann zu, wenn es sich nicht um eines seiner meistgenannten Frühwerke wie „Rigoletto“, „Trubadour“, „Traviata“ oder seiner reifen Spätwerke „Otello“ und „Falstaff“ handelt, sondern wenn man dabei Übergangswerke wie „Maskenball“ oder „Aida im Auge hat. „Amelia“ oder „ein Maskenball“ ist 1858 erschienen, lange bevor Verdi (1871) in der „Aida“ den ersten Anlauf nahm, wagnerisch zu schreiben, aber doch zu einer Zeit, wo der Maestro sich schon eigene Gedanken über seinen neuen Operntyp machte und durchaus nicht mehr mit herkömmlichen Arien und Sinfonies sich begnügte. Auch in diesem Werk ist das Parlando dem Ariofo fast ebenbürtig, auch hier entscheidet die dramatische Zuspitzung des Stoffes, so sehr sie freilich von Wagner's symbolistischem Musikdrama noch entfernt ist.

Deshalb gehört diese „Amelia“ unbedingt zu den Opern, die in der allgemein festzustellenden Verdi-Renaissance mitbeachtet werden müssen und erfreulicherweise auch von vielen deutschen Theatern im Repertoire berücksichtigt werden. Das badische Landestheater erfüllte also eine gewisse Pflicht, wenn es gerade dies Werk zu einer Neueinführung auswählte und damit der in den letzten Spielzeiten satfam bekannten „Aida“ einen würdigen Vorgänger an die Seite stellte. Populär freilich wie diese wird „Amelia“ niemals werden können. Denn sie hat keine so entscheidende Rollen-träger; es fragt sich überhaupt, ob nicht das Werk, wenn es schon nicht mehr ganz einfach „Ein Maskenball“ gemäß dem ursprünglichen Titel „ballo in maschera“ genannt werden soll, zumindest besser die Bezeichnung „Richard“ trüge. In der Fassung des Librettos, die freilich recht mangelhaft und demzufolge der Wirkung hinderlich ist, hat immerhin die Figur des Grafen Richard von Barwick tragischste Bedeutung und wenigstens eine bestimmte innere Entwicklung, während Amelia doch sehr epifenomenhaft anmutet. Musikalisch allerdings forgiert sich dies Mißverhältnis durchaus zugunsten der Trägerin der weiblichen Hauptrolle. Es gibt kaum eine zweite Frauengestalt in Verdi's Werken, die mit so viel utgründiger Liebe gefügt und erfährt ist.

Die Neueinführung des Wertes unter Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner's Leitung entfesselte wiederum einen Furor rein Klanglichen und rhythmischen Gebarens, dessen sinnlichem Effekt wohl niemand sich ganz entziehen konnte. Fraglich blieb nur, ob die mitunter recht grobschlächtige Behandlung des Wechsels und der Pause im Sinne Verdi's war, der mit der Fertigkeit und Geschwindigkeit italienischer

Mäßer und Pauken rechnete, die keinen Augenblick vergaßen, daß das gesamte Orchester nur einheitliches Begleitinstrument der Singstimme sein mußte und keineswegs deren Kantilene zerstückeln durfte. Leider geschah dies aber mehrfach, und da deutsche Wesen an sich schon Mühe haben, dem italienischen Canto beizukommen, wurde die gefangliche Schönheitslinie öfters unterbrochen. Zum Bereich fäulichen Temperaments, das bei F. Wagner's echter Impulsivität zu leugnen gewiß nicht meine Absicht ist, gehören jedenfalls weder solcher Überfluß an Voltstakt noch solche gewaltige Explosionen, wie sie offenbar aus Freude am materiellen Glanz des Orchesters erzeugt wurden. Auf der Bühne stand für Lily Blattermann Debj Tracema-Brügelmann als Amelia; so fehlte zwar nicht die hochdramatische Geiste, aber man vermehrte jene Anmut, die vielleicht recht lieblich zu schauen und zu hören gewesen wäre. Als Richard hatte Wilhelm Kentwig einen großen Tag; noch selten hat man solch wichtigen Stimmungslage und italienischen Stil zugleich bei diesem Sänger vereint gefunden, trotz angelegener Indisposition ermöglichte ihm seine stimmliche Verfassung, den Richard zu einer Rolle von zentraler Bedeutung werden zu lassen. Sehr gute Haltung bewahrte auch Rudolf Wehrhans als René Walter, eine gefanglich prachtvolle Leistung schuf Mary von Ernst in dem Ragen Oskar, ihr stand kaum nach Magda Straß, welche auch darstellerisch der Wahrsagerin Ulrike nichts schuldig blieb. In kleineren Nebenrollen waren mit gutem Erfolg beschäftigt Dr. Hermann Wuhershausen, Christian Amber, Hans Siegfried und Karlheinz Lüfer. Sehr erfreulich war der scheinbare Gesamteindruck, für den Otto Krauß zweifellos die momentan bestmögliche Lösung gefunden hatte. Teil hatten daran auch Marg. Schellenberg (Kostüme) und Emil Burkard (Decorationen). Aus dem Beifall des gut besuchten Sauses war respektabile Anerkennung des Geleisteten und rühmliche Bewunderung des Genies herauszuhören, das wir auch diesseits der Alpen allen Anlah haben, hin und wieder gebührend zu ehren. D. Sch.

Ausführung des Heidelberger Theaterdirektorstostens. Der Stadtrat Heidelberg hat in der gestrigen Sitzung beschlossen, den Posten für den Leiter des Stadttheaters sofort auszufüllen und dabei offenzuhalten, ob das Regie- oder Pachttheater durchgeführt wird.

### Zeitschriftenschau

„Elegante Welt“. Der „korrekte Pulvertopf und seine sieben Präzuren“, „Die ideale Silhouette von 1926“, „Die Kosmetik des Gentleman's“, und andere feinsinnig illustrierte Publikationen sind in dem besonders schönen Dezemberheft zu finden. (Verlag Dr. Epler & Co., Berlin.)

### Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahlen. Bei der am Sonntag in Rhina, nach Baldshut, abgehaltenen Bürgermeisterwahl fielen auf den seit Oktober zurückgetretenen Bürgermeister Zimmermann 158 Stimmen, auf Gemeindevater Schneider 41 und Arbeiter Noos 39 Stimmen. Der somit gewählte Bürgermeister Zimmermann behielt sich zur Annahme der Wahl 8 Tage Bedenkzeit vor. — In Lahr bei Wiesloch wurde der Landwirt Georg Friedrich Ulrich zum Bürgermeister gewählt. — In Schenkenzell ergab die zweite Bürgermeisterwahl mit 171 Stimmen die Wahl des Schlossermeisters Hermann Pauser zum Ortsbürgermeister. Von 389 Wahlberechtigten stimmten 307 ab.

Der Fernsprechnetzverkehr Mannheim-Heidelberg. In einer Verwaltungsratsitzung des Verkehrsvereins Heidelberg machte Telegraphensekretär Weigle Mitteilungen über das Bauprogramm des Heidelberger Telegraphenamtes, u. a. sei für die nächste Zeit die Einrichtung eines Fernsprechnetzverkehrs zwischen Mannheim und Heidelberg geplant. Die Reichspost strebe nach einem Anschluß nach Mannheim und auch einen Einbezug von Mannheim und Heidelberg in den Fernsprechnetzverkehr mit Frankfurt a. M. Oberratsrat Kleinbub teilte mit, daß die Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin geneigt sei, die Elektrifizierung der Strecke Heidelberg-Mannheim zu betreiben.

Gefrierfleischmangel in Mannheim. Mannheim's Blättern zufolge sind die Gefrierfleischlager im Städtischen Schlachthof seit Donnerstag so gut wie geräumt. Das von der Reichsregierung für die Monate Oktober-Dezember zur Einfuhr genehmigte Quantum zoffrenen Gefrierfleisch mit 30 000 T ist erschöpft und die Importeure haben keine Einfuhrscheine mehr in Händen. Ohne diese kann aber kein Gefrierfleisch herein, denn es ruht sonst ein deutscher Einfuhrzoll von 45 Pfennig pro Kilo darauf. Das Gefrierfleisch-Konsum Mannheims beträgt wöchentlich etwa 150 Tassen. Fehlt dieses erhebliche Quantum, so ist mit einem Steigen der Viehpreise zu rechnen.

Wer eine Wohnung freimacht, kommt ins Altersheim. In der letzten Mannheimer Stadtratsitzung wurde beschlossen, auf dem Gelände zwischen der Mooräcker- und Moorwiesenstraße ein Altersheim zu erstellen, in das Personen aufgenommen werden, die eine Wohnung freimachen. Die hierzu erforderlichen Mittel mit 1 203 000 Mark werden dem Wohnungsbaufonds und dem Altersheimfonds entnommen.

Der Bürgerausschuß Rheinhafen genehmigte nach einer längeren finanzpolitischen Rede des Oberbürgermeisters Wünder die Erhöhung der vorläufigen Gemeindesteuer für das Rechnungsjahr 1926 von 34 auf 46 Pf. Aus den Darlegungen des Stadtoberhauptes ging hervor, daß sich die Nettoeinnahmen der Stadtlaste auf dem Gebiete der Fürsorge und Jugendpflege seit 1914 um 540 Prozent auf 2 Millionen Mark gesteigert haben. Eine weitere Steigerung um jährlich etwa 600 000 Mark bringt das im August v. J. erlassene Gesetz über die Nichtanrechnung der Sozialrenten und Kleinrentnerbezüge bis zu 270 M. jährlich auf die Tarifunterstützungen. Der Gesamtausgabebedarf der Stadt beträgt für 1926 rund 11 Millionen gegen 8 Millionen im Jahre 1914. Der Redner stellte u. a. fest, daß die Stadt Rheinhafen infolge des Finanzgleiches dieses Jahr einen Einnausfall von 1,6 Millionen erleidet.

Eine Automobilverkehrsstraße in Bayern. Der bayerische Landtag hat im Sommer für einen Ausbau von Staatsstraßen, der den Erfordernissen des Kraftwagenverkehrs genügt, 1 1/2 Millionen Mark bewilligt. Um die notwendigen Erfahrungen zu sammeln, hat das Ministerium des Innern eine Strecke der Staatsstraße München-Regensburg zu Versuchsbauten benutzt. Auf eine Länge von etwa 16 Kilometern sind nahezu dreißig Arten der Fahrabnabeifertigung angewendet worden: starre (Pflaster und Beton), Decken, elastische (Teer- und Bitumen-) Decken und Schotterdecken (mit einem Oberflächennüberzug); darunter sind die neuesten Verfahren. Die Versuchsstrecke soll zusammen mit den Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, welche Bauweisen für die besonderen klimatischen, geologischen und örtlichen Verhältnisse des bayerischen Alpenvorlandes technisch geeignet und am wirtschaftlichsten sind.

Eine neue deutsche Erfindung des „Ultraphon“ wurde am Dienstagabend im Saal des Karlsruher Künstlerhauses einem von der Musikalienhandlung Fritz Müller eingeladenen Publikum vorgeführt. Ein schwarz-glänzender, reichlich meterhoher Zylinder in Scheitelform aus Holz, ganz anders aussehend, als die bisherige Sprechmaschine, steht auf der Bühne und der Vertreter der deutschen Ultraphonattinggesellschaft erläutert die neue Erfindung, die in der Tat als eine sehr erhebliche Verbesserung der bisherigen Sprechmaschinen anzusprechen ist. Deren Mangel war das Plaque, Inzureichende in der Tonwiedergabe, die nur zu 80 Proz. im Vergleich zur Wirklichkeit erfolgte. Das Ultraphon soll 70 Proz. des wirklichen Tones wiedergeben und zwar auf gewöhnlichen Platten mit gewöhnlichen Nadeln. Im nächsten Jahre soll die Fabrikation von besonderen Platten aufgenommen werden, deren Herstellung auf demselben Prinzip wie bei der Tonwiedergabe beruhen soll, und mit denen man 85 bis 90 Proz. des Tones zu erreichen hofft. Erfinder ist Herr Küchenmeister-Berlin, er gestaltet dadurch den Ton voller und plastischer, daß er ähnlich wie es beim Schauen das doppelte Stereoskop zuwege bringt, auf der Platte zwei Nadeln hintereinander mit zwei Schallköpfen laufen läßt und den erzeugten Ton in die Schalltrichter leitet. Das Volumen der Töne, ihr Reichthum an Klang kommt von den bisherigen Sprechmaschinen infolge der Unzulänglichkeit des Materials nicht wiedergegeben werden, diesen Mangel sucht die Erfindung auf anderem Wege dadurch wettzumachen, daß sie wie beim Stereoskop die Töne dicht hintereinander doppelt wiedergibt und sie sich bei der Klangvermittlung an das Ohr des Hörers wie beim Kinematographen zu etwas Wendigem verschmelzen. Es wurde eine Reihe von Platten vorgeführt. Orchesterstücke, auch Jazzmusik, Gesangstimmen, Klavier und Pflon, ein Teil davon zum Vergleich noch auf einer bisherigen Sprechmaschine besser konstruiert. In der Tat konnte man Ionistieren, daß besonders die Singstimmen Tenöre, Bariton, Sopran ungleich voller und plastischer klangen. Noch deutlicher trat der Unterschied bei der Wiedergabe des Klavierstückes hervor, zumal das Klavier bisher das Schmerzkind des Photographen war. Wunderbar klang auch das Pflon. Die Wiedergabe war auch viel lauter als durch den Photographen und füllte den Saal vollkommen. Die Lautstärke kann übrigens durch einen „Kondensator“ abgemipft werden, wobei das Nadelgeräusch nahezu völlig zum Verschwinden kommt. Der Apparat ist im Gegensatz zu den bisherigen Sprechmaschinen rein zweckmäßig gebaut und vermeidet alles, wodurch der Ton beeinträchtigt werden könnte. Er ist übrigens nicht teuer als eine der Sprechmaschinen bester Bauart. Durch die neue Erfindung wird die Position der Sprechmaschinen gegenüber dem vordringenden Radio zweifellos wieder erheblich gestärkt.

### Eine kommunale Nachtsteuer

Die Geldnot zwingt die Gemeindeverwaltungen zu mancherlei steuerlichen Experimenten, die dazu bestimmt sind, den leeren städtischen Beutel zu füllen, ohne daß die Gesamtheit der Steuerzahler allzu schwer durch sie belastet und allzu sehr durch ihre Erhebung belästigt wird. In der hannoverschen Stadt Schüttorf besteht seit einem Jahre eine sogenannte Nachtsteuer, die nach interessanten Mitteilungen des Schüttorfer Bürgermeisters Dr. Scheurmann im „Zentralblatt für Gemeinde-Verwaltungen“ sich sehr gut bewährt und sich auch durchaus einträglich erwiesen hat. Die Steuer gründet sich auf die Paragrafen 13, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes und hat anstandslos die behördliche Genehmigung gefunden. Die Steuer wird erhoben in allen Fällen, in denen Gäste, Gesellschaften, Vereine usw. über die Polizeistunde hinaus in Gast- und Schankstätten verweilen. Sie hat also Ähnlichkeit mit der vor einigen Jahren in vielen Städten eingeführten „Nachtsteuer“, die allerdings im allgemeinen keine wesentlichen Erträge eingebracht haben soll.

Nach der Schüttorfer Steuerordnung gelangt die Nachtsteuer in jedem Falle zur Erhebung, in dem Maße über die allgemeine Polizeistunde hinaus in Gast- oder Schankwirtschaften sowie in Vereins- und Gesellschaftsräumen verweilen. Zur Zahlung der Steuer verpflichtet ist aber nicht (wie bei der Nachtsteuer) der Gast, sondern der Inhaber der Gaststätte oder der Veranstalter der Festlichkeit. Voraussetzung der Steuererhebung ist natürlich die polizeiliche Erlaubnis der Überschreitung der Polizeistunde, denn bei unerlaubter Überschreitung macht sich der Gastwirt oder Veranstalter strafbar, kann also nicht von der Stadt besteuert werden. Steuerfrei bleiben Fälle, in denen es sich offensichtlich um Beherbergung von Gästen in an sich nicht zur Übernachtung bestimmten Räumen handelt. Von der Steuer befreit werden ferner Hochzeitsgesellschaften sowie Veranstaltungen wirtschaftlicher Berufsorganisationen.

Die Nachtsteuer beträgt bei vergnügungssteuerpflichtigen Luftfahrern für die erste Stunde über die Polizeistunde hinaus 50 Prozent des gemäß Reichsflugverkehrsordnung und etwaiger örtlicher Luftverkehrsordnungen fälligen Steuerbetrags, mindestens aber 30 Mark. Für jede weitere angefangene Stunde über die Polizeistunde hinaus ist der gleiche Steuerbetrag zu zahlen.

Für nicht vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen (soz. geschlossene Gesellschaften, Zusammenkünfte usw.) beträgt die Nachtsteuer für jede über die Polizeistunde hinausgehende Stunde: bei Anwesenheit bis zu 10 Personen 5 Mark, bei Anwesenheit bis zu 30 Personen 15 Mark, bei Anwesenheit bis zu 50 Personen 25 Mark, bei Anwesenheit bis zu 100 Personen 40 Mark und bei Anwesenheit von mehr als 100 Personen 50 Mark.

Die Erhebung der Steuer erfolgt durch den Mag. istat vor Ausübung der polizeilichen Genehmigung für die Polizeistundenverlängerung. Einsprüche, über die die städtischen Kollegien entscheiden, halten die Zahlung des veranschlagten Steuerbetrags nicht auf. Durch die Verbindung der Steuer mit der Erteilung der polizeilichen Genehmigung zur Polizeistundenüberschreitung gestaltet sich die Kontrolle über die Zahlung der Steuer leicht und die Erhebung billiger. Nach Angabe von Dr. Scheurmann war der finanzielle Ertrag der Nachtsteuer durchaus nicht gering. Sollte aber die Steuer prohibitiv wirken, d. h. die Zahl der Nachtflüge verringern, so würde die Steuer immerhin volkswirtschaftlich und ethisch nützlich wirken.

Die Nachtsteuer ist, wie Dr. Scheurmann treffend darlegt, eine durchaus gerechte Steuer. Es werden ausschließlich Bevölkerungsklassen von ihr betroffen, die das Bedürfnis haben, über die Polizeistunde hinaus zu feiern. Jedem, der das Geld für die Steuer, so muß er sich eben den entbehrlichen Luxus der Überschreitung der Polizeistunde versagen. Wer es sich aber leisten kann, solche Festlichkeiten zu veranstalten oder zu besuchen, mag ruhig einen Dolus in den Gemeindegeldbeutel fließen lassen. Durch die Nachtsteuer werden also im Gegensatz zu den meisten anderen Steuerarten nur tragfähige Schultern belastet. Der Einwand, daß auch mander Festveranstalter (z. B. Wirte bei ihnen selbst arrangierten Tanzveranstaltungen) durch die Steuer ungerecht belastet wurden, indem die Steuer den Verdienst schmälerte, ist deswegen in der Regel nicht stichhaltig, weil die Steuer ja doch erfahrungsgemäß auf die Gäste abgewandt wird, die eben entsprechend höhere Eintrittspreise oder dergleichen zahlen müssen. Eine Erdbrotersteuer darf die Nachtsteuer natürlich nicht werden.

### „Aber alles, für alle.“

Der „Kleine Herder“, das neueste einbändige Lexikon, hält was er verspricht: er ist tatsächlich ein Nachschlagewerk über alles, für alle. Sachlich, zuverlässig und leicht verständlich beantwortet er alle Fragen, die an ihn gerichtet werden, ob nun der Geschichtsfreund über den Rückversicherungsvertrag, der Sportler über Berg- und Winterport, die Hausfrau über Einmachgen und Einweiden unterrichtet sein will. Der „Kleine Herder“ läßt nicht im Stich, wenn der Gewerbetreibende nach den Grundlagen des Rechtslebens und der Buchführung fragt, oder der Laie über die Bausteine über Kleinmotoren und Gewinde Aufschluß sucht. Er belehrt über die geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen eines Landes, über moderne Kunstströmungen und philosophische Strömungen, über Gesehichte, Hypnose und Futurismus, kurz: über alles Wissenswerte des täglichen Lebens. Besondere Erwähnung verdienen die Namenartikel, die eingehend und klar wichtige Fragen der verschiedensten Gebiete behandeln, so: die Umgestaltung Europas durch den Weltkrieg, Afrikanische Kunst, Deutschtum im Ausland, Sozial- und Angestelltenversicherung, Gifte und Gegenmittel, Fleckenreinigung, Photographieren, Hundehaltung, Tabellen der Markenwertung, Obstbau, Körperpflege u. v. a. Der reiche Wechsel des Stoffes und seine Veranschaulichung durch zahlreiche vorzügliche Bildbeigaben — sind doch im Text nahezu 4000 Bilder eingestreut — tragen dazu bei, den „Kleinen Herder“ zum Hausfreund zu machen, der in Ruhestunden Unterhaltung und Anregung zugleich gibt und, freis hilfreich, sein reiches Wissen dem Suchenden mitteilt. — Hand in Hand mit der sorgfältigen textlichen Ausarbeitung geht die technische Ausstattung des Lexikons das über 60000 Artikel und höchst anschauliche und interessante Bildbeigaben in übersichtlicher Anordnung und auf lesbarer Schrift in einem schmalen handlichen Leinen- und Halblederband vereinigt. Diese Eigenschaften machen den „Kleinen Herder“ zu einem der nützlichsten und zugleich billigsten Hausbücher. Der Preis ist sehr mäßig: in schönem, starken Leinenband 80 Mark, in feinem Halbfranzband 40 Mark. Der „Kleine Herder“ ist ein echtes Gegenwartskind, ein praktischer und kluger Berater.

### Aus der Landeshauptstadt

„Feinarbeit“ wird in letzter Zeit vielfach durch gewissenlose Personen im Wege des Zeitungsinferats angeboten. Teilweise bezeichnen sich diese „Firmen“ mit hochtönen Namen wie „Feinheitszentrale“ usw. Die „Firmeninhaber“ sind meist junge Leute ohne jegliche Vorbildung, die noch nicht einmal vollständig des Schreibens kundig sind. Sie suchen und finden meistens ihre Opfer unter den Armen der Armen, die sich bei der herrschenden Arbeitslosigkeit in ihrer Verzweiflung an sie wenden. Es ist diesen „Firmeninhabern“ keineswegs ernstlich darum zu tun, ihren Klienten Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Sie haben es lediglich auf den Betrag von 1—2 Mark abgesehen, den sie ihren zahlreichen Opfern herauslösen und dessen Bezahlung diesen Armen sehr hart ankommt, weil er oft ihre letzten baren Mittel bildet. Die Verdienstsuchenden werden daher vor diesem Schwindel gewarnt.

Badisches Landestheater. „Petersens Monatsfahrt“ von Gerdt von Bassewitz, dessen heilige Erstaufführung am Samstag, 12. Dezember, stattfindet, darf getrost als das Weihnachtstheater bezeichnet werden, das von allen Stücken seiner Gattung in den letzten zehn Jahren die Palme des größten und nachhaltigsten Erfolges davontrug und einer ganzen Anzahl von Lichtern, die ausgingen, um den irgendwo im Lande der Phantastie verborgenen Schatz des glänzenden und befruchtenden Einfalls zu suchen, auf die Spur geholfen hat. Ebenso hat die gleichnamige Märchenzählung einen Siegeszug durch die deutsche Weihnachtswelt angetreten, und sein Inhalt ist ohne Zweifel auch in Karlsruhe bekannt genug, um die Spannung auf seine Verkörperung durch die Zauberkräfte der Bühne in den Gemütern unserer Kinder aufs höchste zu steigern.

IV. Sinfonieconcert des Badischen Landestheaterorchesters. Das Programm des IV. Sinfonieconcertes, das Montag, den 14. Dezember halb 8 Uhr stattfindet, vermittelt zunächst die Bekanntschaft mit einem zu den bedeutendsten jüngeren Italienern zählenden Komponisten: Ottorino Respighi. Neben Casella ist er einer der hochkräftigsten Führer seiner aus der Gegenwart wieder an die antike Instrumentaltradition anknüpfenden Landsleute. Von ihm werden vier „Nunten Längen“ zur Erstaufführung gebracht, die minutiöse Bearbeitungen altitalienischer Melodien in Sinfonienform darstellen. Auch das zweite sinfonische Werk des Abends ist geeignet, größtes Interesse zu wecken. Denn die II. Sinfonie für großes Orchester von A. Scriabine zeigt deutlich, daß der Stern, unter dem das genialen Russen Schaffen aufging, Richard Wagner hieß. Nichtsdestoweniger ist das fünfjährige Werk (op. 29) ein großartig persönliches Werk, eine Schöpfung voll beunruhigender Feurigkeit und selbstloser Weisheit, die aus innerem Vermögen überzeugend wirkt. In der Mitte des von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner geleiteten Abends steht das II. Slavertanzconcert von S. Radmaninow. Es wird von Nicolai Drloff (Berlin) gespielt werden, neben Vorworts wohl dem hervorragendsten russischen Pianisten der Jetztzeit. Schon der selbstsamen Gelegenheit wegen, diesen weltberühmten Solisten einmal zu hören, dürfte sich auch der Besuch des gemäßigtemodernen Concertes sehr lohnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, 9. Dezember 8 Uhr vormittags. In Baden nahmen gestern die Temperaturen bei meist heiterem Wetter langsam weiter zu. Tagesmittel in der Rheinebene nur noch 11 Grad unter Normal. Heute früh liegt das Land unter einer dichten Wolkendecke, aus der feiner Regen ausfällt. Die Ebene hat zwar noch schwachen Frost; doch wird auch hier in wenigen Stunden Tauwetter eintreten. Die Erwärmung ist heute bis zur Ebene, Weser und etwa Schwarzwaldraum vorgebrungen. Das Tiefrundgebiet zieht langsam nach Südosten bis Osten und wird uns jetzt weitere Niederschläge bringen. Eine lange Dauer der Wärmeperiode scheint nicht wahrscheinlich zu sein. Wettervorhersage für morgen: Ebene weitere Erwärmung und Tauwetter, Gebirge: Temperaturen ziemlich unverändert, zumeist Niederschläge, Hochschwarzwald vielfach in fester Form, Südwestwinde.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Bretten, 9. Dez. Der beschleunigte Personenausstellungsbahnhof in Bretten bei Oelbrunn in eine Schafherde, die gerade den Bahnübergang passieren sollte. 20 Schafe wurden getötet und eine Anzahl verletzt.

### Badische Landesbibliothek

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landesbewohner kostenlos benutzt werden. Der Versand erfolgt postfrei. Die Rücksendung trägt der Entleiher. Mehrere Entleiher an einem Ort können sich zu Sammelbestellungen verbinden. Die Landesbibliothek umfaßt die allgemeinen Zweige der Wissenschaften, seltene und engste Nachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einfindung solcher Schriften ist willkommen.

### Zugangsauswahl 1925.

III. Juli bis September 1925. Aus der Werkstatt, Den D. Bibliothekaren dargebracht von der Universitätsbibl. Freiburg i. Br. A. Boehm, Begriffsbildung 1922. Fr. W. Vreppel, Deutsche Kulturpflege. Briefe an Cotta. Hg. v. Maria Fehling. Völkerei, Die Deutsche (Leipzig), nach dem ersten Jahrgang ihres Bestehens. F. Eckardt, Die turnerische Bewegung v. 1848/49 (= Die Paulskirche 18). Kämpfer. Renaissance aller Zeiten. Hg. von Hans v. Arnim. Bd. 1—4. D. Mann. Der moderne Dandy. Kulturproblem. A. v. Schläger, Dorothea v. Schläger. A. Schramm, Die Antunabeln. F. Schulte, Der deutsche Buchhandel und die geist. Strömungen. R. Tornius, Salons. Gesellschaftl. Kultur aus 5 Jahrhunderten.

Franz Brentano, Psychologie, Hg. v. Oskar Kraus. II. Bd. Bühler, Entwicklung des Kindes. Buttman, Allg. Schullerunde. Günter, Grundfragen der Sprachwissenschaft. Heller, Heilpädagogik. 3. Aufl. Jespersen, Die Sprache. Langbehn, Rembrandt als Erzieher. Renaissancemalerei. Lehrbuch der Philosophie, Hg. v. M. Dessoir. I. Geschichte. E. Reyer, Das einzige Kind und seine Erziehung. 7. Aufl. R. Ott, Die deutsche Schule und der englische Sport. Scherwath, Die Philosophie im 19. Jh. Spinosa, Von den ewigen Dingen. Abert. von R. Gebhardt. A. Köhler, Geist u. Kultur in der Sprache. R. Hinderlich, Das Ding. I. Bd. Dinge der Naturwissenschaft.

Mannheim, 9. Dez. Nach langem und schwerem Leiden ist am vergangenen Montag der frühere sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Franz Bechtold im Alter von 66 Jahren gestorben. Im Oktober 1905 wurde er im damaligen 57. Wahlkreis (Mannheim-Land-Schwezingen) in den Landtag gewählt.

W. Mannheim, 8. Dez. Bei der Firma Heinrich Lang Mannheim sind etwa 1000 Mann bis zum 4. Januar nächsten Jahres beurlaubt worden. Nach einer Mitteilung der Direktion des Werkes handelt es sich um Leute, die bisher schon wechselseitig von 14 zu 14 Tagen in Urlaub waren. Nach der Wiedereinstellung der Arbeiter, die auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Direktion und dem Arbeiterrat beurlaubt wurden, soll ein anderer Turnus in gleicher Weise beurlaubt werden. Wie die „Neue Mannheimer Zeitung“ berichtet, werden auch bei anderen Firmen des Mannheimer Industriebezirks ähnliche Beurlaubungen erfolgen.

Offenburg, 7. Dez. Heute nacht starb Gymnasialdirektor Dr. Fritz Wipprecht. Er war geboren im Jahre 1869 zu Heidelberg und kam von Mannheim, wo er als Professor tätig war, im Jahre 1919 nach Offenburg.

Donauwörth, 9. Dez. Auf Grund der Kündigung des Lohnabkommens durch den Arbeitgeberverband, mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab einen Abbau der Löhne durchzuführen, fanden hier Lohnverhandlungen in der Uhrenindustrie statt. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da die Gewerkschaften, wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, lediglich in eine Verlängerung des derzeitigen Lohnabkommens einzuwilligen bereit waren. Am Schluß der Lohnverhandlungen gab der Arbeitgeberverband folgende Erklärung ab: Wir erklären, daß der Verband beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab auf das neue Lohnabkommen vom 24. März 1925 (26. Anhang) zurückzugehen, d. h. die Akkordlöhne um etwa 6 Prozent, die Stundenlöhne in der Spitze um 6 Pf. zu ermäßigen. Der Verband muß es den Firmen überlassen, in besonderen Fällen (z. B. bei notleidenden Artikeln) bis zu 10 Prozent zu geben. Sollte sich die Lage bis Jahresende noch verschlechtern, so muß sich der Verband weitgehende Maßnahmen vorbehalten. Es wird dazu bemerkt, daß die Verkaufspreise der Uhren schon auf die jetzigen Preise, die zurzeit des 26. Lohnabkommens Gültigkeit hatten, zurückgesetzt wurden, teilweise wurden sie noch mehr ermäßigt.

Gesundheitskalender 1926. (G. Franz'sche Buchdruckerei, G. Emil Mayer/München N. 2, Luisenstr. 17.) — Der Kalender, der im vergangenen Jahre bei allen maßgebenden Stellen und Persönlichkeiten der Volksgesundheitspflege die denkbar günstigste Aufnahme gefunden hat, wurde allgemein als bedeutendes Aufklärungsmittel anerkannt. Auch der Jahrgang 1926 dürfte nicht weniger günstig aufgenommen werden.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	9. Dez.		8. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.54	168.96	168.51	169.93
Kopenhagen 100 Kr.	104.57	104.83	104.77	105.03
Italien 100 L.	16.88	16.92	16.90	16.94
London 1 Pfd.	20.339	20.350	20.343	20.393
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	15.76	15.80	16.15	16.19
Schweiz 100 Fr.	80.85	81.05	80.88	81.08
Wien 100 Schilling	59.20	59.26	59.13	59.27
Prag 100 Kr.	12.422	12.426	12.42	12.46

Geschäftsaufsicht über die Badenia A.-G. Weinhelm. Die Maschinenfabrik Badenia, vormals Pfaff Söhne A.-G. in Weinhelm in Baden, die in der Firma Heinrich Lang Aktienbeteiligung besitzt, sah sich genötigt, die Geschäftsaufsicht zu beantragen. Es besteht jedoch Aussicht, daß auch die nicht bevorstehenden Gläubiger der Badenia bei ruhiger Entwicklung auf den Eingang ihrer Forderungen rechnen können.

Die deutsche Kalk-Anleihe in London überzeichnet. Die Zeichnungsliste des englischen Teiles der Auslandsanleihe des deutschen Kalkindustrials, der fünf Millionen Pfund Sterling beträgt, wurde nach kurzer Auslegung überzeichnet und abgeschlossen.

Apokalypsis, über v. R. Woerner. Jof. Braun, Der christl. Altar. Dehmann, Paulus, 2. Aufl. Dempf, Die Hauptform mittelalterl. Weltanschauung. (Summa des Thomas von Aquin.) Cronau, Das Theodizienproblem in der altchristl. Auffassung. Dagedorn, Die deutsche Bibel in der Schweiz. Heim, Das Wesen des ewigen Christentums. Heintz, Krisen kath. Frömmigkeit u. Konversionen zum Protestantismus. E. Kreds, Dogma und Leben. Lehrbuch der Religionsgeschichte, begl. von Chantepie de la Saussaye. 4. Aufl., Hg. von A. Vertholet und E. Lehmann. Meßler, Petrus Canisius, Pastor, Geschichte der Päpste. I. 5.—7. Aufl. G. Ritter, Luther, Gestalt und Symbol. Schian, Die Arbeit der ewigen Kirche in der Heimat (während des Weltkriegs). E. Troeltsch, Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt. J. Wendland, Die religiöse Entwicklung Schleiermachers.

Barthel, Deutsches Rechtsleben in der Vergangenheit. Barth, Euthanasie. O. v. Bismarck, Deutscher Staat. Ausgew. Dokumente, eingeleitet v. S. Rothfels. A. David, Das Präjudiz. F. Endemann, Röm. Privatrecht. F. Endemann, Zivilcourage und Strafrecht. Entwurf eines Allgem. deutschen Strafrechtbuchs nebst Begründung. G. Fehr, Deutsche Rechtsgeschichte. 2. Aufl. Gesetz über die Aufwertung Erl. v. Quajonowski. Zul. v. Gierke, Bürgerl. Recht, Sachenrecht. Baden, Privatrecht des Friedensvertrags. Krause, Das deutsche Recht. Ripmann, Psychologie für Juristen. Raussbach, Naturrecht und Völkerrecht. Meyer-Rüchsen, Die rechtl. Stellung der Bevollmächtigten zum Reichstag. Kösch, Die Ehe im kirchl. und bürgerl. Recht. M. Kämelin, Die Rechtsfähigkeit. Sägüller, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts. 4. Aufl. I. Bd. Stammler, Der Richter. Stier-Somlo, Die Verfassung des D. Reichs. 3. Aufl. Zivilprozessordnung erl. v. F. Stein. 12. Aufl. von Jonas.

Kuer, Die karitative-soziale Tätigkeit der Katholiken Deutschlands. Th. Brauer Produktionsfaktor Arbeit. Dissingen, Die Porzellan-Industrie. Gering

**KARL LANG**

Kaiserstr. 167 I.  
Telephon 1073  
(Salamander-Schuhhaus)

**Günstige Bedingungen**

ermöglichen den Kauf eines erstklass. Pianos oder Harmoniums

